

Kein Gelöbnis in Hamburg!

Am 16. Juni 2003 soll das erste öffentliche Gelöbnis der Bundeswehr seit über 25 Jahren in Hamburg stattfinden. Das Event reiht sich in die undemokratische und unsoziale Politik des rechten Senates ein. In Hamburg prügelt die Polizei demonstrierende SchülerInnen nieder, Bauwagenplätze werden geräumt, Krankenhäuser privatisiert, Bildung soll es nur noch gegen Bares geben. Jetzt kommt das Gelöbnis, mit dem der Hamburger Senat seine Verbundenheit zum deutschen Militär zum Ausdruck bringen will. Eine große Koalition von SPD bis Schill klatscht Beifall, die GAL hat lediglich zu kritisieren, dass „die Bundeswehr das nicht nötig hat“. Das Militär soll als ein normaler Teil unserer Gesellschaft vorgestellt werden. Dagegen wehren wir uns.

Wir haben 7 gute Gründe, warum die Bundeswehr abgeschafft gehört, der achte heißt: Krieg!

1. Die Bundeswehr ist eine Angriffsarmee

Die Aufgabe der Bundeswehr wird in den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“, beschrieben als „Aufrechterhaltung des freien Zugangs zu Rohstoffen und Absatzmärkten in aller Welt.“ Auf dieser Grundlage wurden und werden wesentliche Teile der Bundeswehr zu einer Berufsarmee umgebaut, die in der Lage sein soll, Interventionskriege zu führen.

So werden die „Krisenreaktionskräfte“ schrittweise auf 150 000 Soldaten aufgestockt. Diese Soldaten werden bei den „Auslandseinsätzen“ der Truppe eingesetzt. Aber nicht nur „Eliteverbände“ wie die Division für spezielle Operationen (DSO) und das Kommando Spezialkräfte (KSK), die Einsätze „hinter den feindlichen Linien“ ausführen sollen, alle wesentlichen Truppenteile der Bundeswehr werden zu einer Berufsarmee umgebaut. Die „Interventionsfähigkeit“ lässt sich die Bundesregierung einiges kosten: Mittelfristig (bis 2015) werden neue Angriffswaffen im Wert von ca. 115 Milliarden Euro angeschafft.

2. Die Bundeswehr agiert weltweit – im Interesse von Regierung und Konzernen

Die Bundeswehr hat sich im letzten Jahrzehnt an vielen Kriegseinsätzen aktiv beteiligt. Die bekanntesten sind der Krieg gegen Jugoslawien, der eindeutig gegen das Völkerrecht verstoßen hat, und der sogenannte „Krieg gegen den Terror“ in Afghanistan. Auch ganz offiziell ist die „Landesverteidigung“ nicht mehr die Hauptaufgabe der Armee. Kriegsminister Struck formuliert das so: „Die Interessen Deutschlands werden auch am Hindukusch verteidigt“.

Dabei bestimmen die längerfristigen strate-

gischen und unmittelbaren Profitinteressen der Großkonzerne die deutsche Außenpolitik ganz entscheidend. So ist das ganze ehemalige Jugoslawien mittlerweile von europäischen und US-amerikanischen Großkonzernen wirtschaftlich dominiert. Nicht nur, dass die Bomben der NATO auf Jugoslawien deutschen Konzernen wie Siemens oder Telekom den Aufbau des Telefonnetzes in der Region und damit hohe Profite bescheren, sondern sie schalteten auch unliebsame Konkurrenz aus. Beispielsweise wurde das Zastava-Autowerk total zerstört

Die Interessen der deutschen oder EU-Regierungen und der Konzerne decken sich nicht immer mit denen der USA. Das zeigt sich deutlich im Krieg gegen den Irak, wo der begrenzte Einsatz deutscher Soldaten vor allem dazu diente, einen gewissen Einfluss auf die „Nachkriegsordnung“ aufrecht zu erhalten. Ausdrücklich behält sich die Bundesregierung

ationale Alleingänge vor. In der Neuauflage der „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ wird sogar von der Möglichkeit deutscher Präventivkriege gesprochen.

3. Die Bundeswehr: Antidemokraten in Uniform

In der Bundeswehr gibt es keinerlei demokratische Strukturen. Die Armee ist nach den Prinzipien des Befehls und Gehorsam aufgebaut. Ziel der militärischen Ausbildung ist, die Eigenständigkeit der Rekruten zu brechen. Die jungen Rekruten sollen keine Befehle hinterfragen, sondern sie ohne nachzudenken ausführen. Die Inhalte des politischen Unterrichts, die den jungen Rekruten bei der Bundeswehr vermittelt werden, sind geprägt von rassistischen Vorurteilen und Nationalismus. In den Strukturen der Bundeswehr prägen sich die patriarchalen und rassistischen Verhaltensmuster der Gesellschaft verschärft aus. Nicht umsonst gab es in den letzten Jahren so viele Vorfälle mit Rechtsradikalen in der Truppe. Auch Vergewaltigungen der weiblichen Soldatinnen sind keine Seltenheit.

Das Soldatengesetz entzieht, als „Schule der Nation“ den Wehrpflichtigen elementare Grundrechte. Mit dem Zivildienst,



der auf derselben Rechtsgrundlage funktioniert, werden politische und gewerkschaftliche Rechte im sozialen Bereich eingeschränkt. So sollen die jungen Menschen für das Berufsleben fit gemacht werden, wo ebenfalls Anweisungen der Vorgesetzten befolgt werden müssen. Funktion der Wehrpflicht ist es heute, die Lücken auszufüllen, die die Sparpolitik im sozialen Bereich gerissen hat und als Nachwuchspool für die Berufsarmee zu dienen.

4. Die Bundeswehr steht in der Tradition der Wehrmacht

Die Wehrmacht war ein Teil des Herrschaftsapparates des Hitlerfaschismus. Sie hat u.a. in Osteuropa einen Vernichtungskrieg gegen die Zivilbevölkerung geführt. Deshalb sollten nach 1945 zunächst alle Funktionäre der Wehrmacht und der NSDAP aus führenden Funktionen der BRD entfernt werden. Es kam anders: Die Bundeswehr wurde von Wehrmachtsoffizieren aufgebaut. Auch Strukturen der faschistischen Wehrmacht wurden übernommen, Kasernen der Bundeswehr sind nach Nazigrößen benannt. Und nicht nur die Namensgebung kennzeichnet die faschistische Tradition, in den meisten Kasernen existieren sogenannte Traditionszimmer, in denen auch die politische Bildung stattfindet. In vielen Bundeswehrstandorten gibt es Traditionsverbände, in denen sowohl Bundeswehrangehörige Mitglieder sind als auch ehemalige Wehrmachtssoldaten. Die öffentlichen Gelöbnisse sind auch eine Tradition, die auf die NS-Zeit verweist: Das Naziregime nutzte diese Art der Propaganda mit Vorliebe.

5. Die Bundeswehr wird ein Teil der europäischen Interventionstruppen

Die Europäische Union rüstet auf. Bis Ende 2003 soll eine 100.000 Mann starke EU-Armee aufgestellt werden. Das sind die militärischen Dimensionen der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“. Die geplanten Strukturen des Generalstabs, der in Potsdam seinen Sitz hat, und

des gemeinsamen Geheimdienstes lenken die Entscheidungen über Kriege ohne parlamentarische Kontrolle der einzelnen Staaten. Mit einem Aktionsradius von 4.000 Kilometer rund um Europa liegen Zentralafrika, der Nahe und Mittlere Osten und Zentralasien im Einsatzgebiet der neuen Armee. Damit schafft sich die EU wohl kaum eine Verteidigungsarmee. Diese EU-Armee stellt durch die Konkurrenzstellung zu den USA eine neue Kriegsgefahr da.

6. Aufrüstung der Bundeswehr bedeutet Sozial- und Demokratieabbau

Diese neu zu schaffende Armee wird in den nächsten zehn Jahren alleine 115.000.000.000 (115 Milliarden) Euro in der BRD für neue Rüstungsprojekte verschlingen, wie den neuen Transportairbus A400M, das neue Satellitensystem Galileo oder auch den Kampfhubschrauber Tiger. In Hamburg hat der Senat EADS, den größten europäischen Rüstungskonzern, für gemeinnützig erklärt, es fließen 650.000.000 (650 Millionen) Euro Subventionen. Dieses Geld müsste in unsere Bildung, unsere Ausbildungsplätze und sinnvolle Freizeiteinrichtungen und soziale Einrichtungen gesteckt werden. Aber in Hamburg wird die Lehrmittelfreiheit abgeschafft, Studiengebühren sollen eingeführt werden. Bundesweit fehlen jährlich mehr als 150.000 Lehrstellen.

7. Die Bundeswehr bedeutet Militarisierung der Gesellschaft

Die Bundeswehr wird durch umfangreiche Kooperationsverträge mit vielen zivilen Einrichtungen und Unternehmen vernetzt. Zivile und Bundeswehrkrankenhäuser arbeiten eng zusammen, dadurch wird nicht nur die Gesundheitsversorgung der zivilen Krankenhäuser eingeschränkt, sondern die Beschäftigten (auch die Zivildienstleistenden!) werden zu Handlangern in Bundeswehr-Service-Betrieben. Die Deutsche Post AG übernimmt die Logistik der Truppe und beliefert sie mit Uniformen, andere Firmen managen den Fuhrpark der Bundeswehr. Immer mehr zivile Konzerne werden immer enger mit dem Militär verknüpft. Aber auch die Werbung der Armee nimmt neue Formen an, sie tritt in Schulen, in Arbeitsämtern oder auch Universitäten immer aggressiver auf. Dabei spricht sie gezielt Jugendliche an, die von der Ausbildungsmisere in Deutschland betroffen sind. Der ehemalige Kriegsminister Scharping fand sogar, dass die Bundeswehr einen Teil zum „JUMP-Programm“ (mit dem die Bundesregierung den Ausbildungsplatzmangel zu bekämpfen behauptete) beisteuern kann.

Aus all diesen Gründen und noch vielen mehr wollen wir nicht zulassen, dass die Bundeswehr am 16. Juni ein öffentliches Gelöbnis in Hamburg durchführt. Wir wollen keine Marschmusik und keine fackeltragenden Rekruten, die am Hamburger Rathaus ihren Treueschwur leisten.

Kein öffentliches Gelöbnis, nirgends! Bundeswehr abschaffen!

Demonstration

gegen das Gelöbnis auf dem Rathausmarkt
Montag, 16. Juni, 18:30 Uhr*

Jubeldemo

für Deutschland und die Bundeswehr
Samstag, 7. Juni*

*Voraussichtliche Termine, achtet auf Ankündigungen!